

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 16.03.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
20:35

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Thomas Höhne
Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für Stv. Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Schriftführung

StOI Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordneter Engin Alparslan
Beigeordnete Annette Herz
StOVR'in Doris Abel
StVD Michael Rennert
VA Dr. Jürgen Simon
StOVR Gerhard Titzer
StA Anja Esser
VA Paulina Betthaus
VA Dominic Büsselmann

Personalrat

VA Carsten Butz

Gäste

Stv. Felix Blossey
AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther
AM Ulrich Klaus
Frau Ira Niesner
Herr Patrick Schälte

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Durchführung von Sitzungen der Fachausschüsse des Rates der Stadt Haan
hier: Teilweise Aufhebung der Dringlichkeitsentscheidung vom 05.01.2021
sowie des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom
26.01.2021
Vorlage: 10/046/2021**
-

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage der Verwaltung und weist nochmal darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss zu diesem TOP, anders als die restliche Tagesordnung, in Vertretung des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW entscheide.

Stv. Lukat verweist auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.12.2020, an der neben der Bürgermeisterin noch 12 weitere Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung teilgenommen haben. Im Sinne des Infektionsschutzes und der gewünschten Reduzierung der anwesenden Sitzungsteilnehmer*innen stellt für die WLH-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

1. Der Rat der Stadt Haan sowie seine Fachausschüsse tagen ab sofort wieder in voller Stärke in Präsenz.
2. Die Anzahl der teilnehmenden Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wird auf maximal 5 Personen begrenzt.
3. Die Anzahl der zugelassenen Gäste wird auf maximal 10 Personen begrenzt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt ein Live-Stream-Angebot für alle interessierten Bürger*innen sowie die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung zu den jeweiligen Sitzungen zur Verfügung zu stellen.

Stv. Rehm führt aus, dass die Anzahl der anwesenden Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung unter anderem auch auf die Haushaltsplanberatungen zurückzuführen sei. Im Sinne des Infektionsschutzes bedauere er es, wenn die politischen Sitzungen wieder in voller Stärke tagen würden.

Stv. Stracke erläutert, dass er angesichts der derzeitigen Lage der Corona-Pandemie kein Verständnis für den Antrag der WLH-Fraktion habe, die politischen Sitzungen wieder in voller Stärke tagen zu lassen. Er bedankt sich bei allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung, welche trotz der Pandemie die politischen Sitzungen unterstützen und für Fragen der Fraktionen zur Verfügung stünden.

Stv. Lemke mahnt an, dass es nicht Aufgabe der Politik sei, zu entscheiden wie viele Mitarbeiter*innen der Verwaltung an den politischen Sitzungen teilnehmen. Weiterhin schließe er sich dem Dank des Stv. Stracke an.

StVD Rennert weist darauf hin, dass für eine Regelung bezüglich der Reduzierung der anwesenden, stimmberechtigten Ausschussmitglieder, z.B. durch Soll-Stärke oder Pairing, die Einvernehmlichkeit aller Fraktionen notwendig sei. Sollte bezüglich des Beschlussvorschlages der Verwaltung also keine Einstimmigkeit hergestellt werden, würden alle Ausschusssitzungen ohnehin wieder in voller Stärke in Präsenz tagen.

Stv. Lukat kündigt an, dass die WLH-Fraktion sich gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausspreche und diesem nicht zustimmen werde. Sie zieht den o.g. Antrag zurück, da der Beschlussvorschlag der Verwaltung durch die Ablehnung keine Einstimmigkeit erhält und die politischen Sitzungen daher wieder in voller Stärke tagen, weshalb der Antrag obsolet sei.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt daraufhin vor, den Beschlussvorschlag insoweit abzuändern, dass die Dringlichkeitsentscheidung aufgehoben werde und die Verwaltung in Kürze zu einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung einlade um doch noch eine mögliche Einigung bezüglich der Reduzierung der Sitzungsteilnehmer*innen zu erzielen.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 05.01.2021 sowie der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2021 werden aufgehoben.

Das notwendige Einvernehmen des Rates der Stadt Haan für die Durchführung der Ausschusssitzungen in der sog. Soll-Stärken-Regelung wurde aufgebrochen. Die Sitzungen der Fachausschüsse sowie des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates finden bis auf weiteres wieder in voller Stärke als Präsenzsitzungen statt.

Die Verwaltung lädt kurzfristig zu einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung ein, um eine neue einvernehmliche Regelung zur Sitzungsdurchführung, z.B. über eine Pairing-Regelung, etc., während der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 2./ Bürgerantrag vom 04.01.2021**
hier: Erweiterung des Kleingartengeländes des Kleingärtner Verein Haan 69 e.V.
Vorlage: 10/044/2021
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 04.01.2021 (siehe Anlage) wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 3./ Bürgerantrag vom 07.01.2021**
hier: Neue bürgerfreundliche und umweltschonende Mobilität in Haan
Vorlage: 10/043/2021
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 07.01.2021 (siehe Anlage) wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Umwelt und Mobilität (UMA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 4./ Bürgerantrag vom 29.01.2021**
hier: Anleinplicht von Hunden
Vorlage: 10/045/2021
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 04.01.2021 (siehe Anlage) wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**5./ Bürgerantrag vom 26.05.2020 der Fridays for Future Ortgruppe Haan
hier: Zweite FFF-Forderungen - Kommunale Minimalforderungen
Vorlage: BM/002/2020**

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussempfehlung wurde auf die Fortsetzungssitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2021 verschoben. Eine Beschlussempfehlung in der heutigen Sitzung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Fertigstellung der integrierten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie
Vorlage: WTK/004/2021**

Protokoll:

Stv. Ruppert führt aus, dass er den Prozess unterstütze, jedoch sei das Dokument sehr umfangreich, weshalb er bezweifle, dass die Strategie wirklich angemessen beraten werden konnte. Zudem ginge es auch immer um ein gutes Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag, weshalb die nachhaltige Haushalts- und Finanzwirtschaft ebenso in diese Strategie gehöre.

Stv. Rehm verteidigt den großen Umfang des Strategiepapieres. Beim Thema der Nachhaltigkeit müssten sehr viele Aspekte berücksichtigt werden, daher sei es hier kaum möglich den Umfang zu reduzieren.

Stv. Lukat kritisiert, dass die finanziellen Ansätze der einzelnen Projekte in der Strategie nicht aufgeführt seien. Hier werde etwas beschlossen, bei dem nicht genau feststehe, inwiefern sich diese Projekte finanziell auf die Stadt Haan auswirken.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert hierzu, dass es hier nicht darum gehe bereits gezielte Projekte und deren Umsetzung zu beschließen. Hier gehe es lediglich um eine richtungsweisende Strategie. Im Nachgang werde ein Umsetzungsplan vom Kernteam und der Steuerungsgruppe entwickelt. Sobald es dann an die Umsetzung der einzelnen Projekte gehe, werden diese selbstverständlich mit Sitzungsvorlagen inkl. auch den finanziellen Auswirkungen in die politischen Beratungen eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie. Er beauftragt die Stadtverwaltung gemeinsam mit Akteuren aus der Politik, Wirtschaft sowie Zivil- und Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe GNK Haan) mit der Umsetzung der Ausarbeitungen und Begleitung derselben.

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird mit einem Berichtswesen und Monitoring verbunden.

Die für den Prozess gegründete Organisationsstruktur (Koordination, Kernteam und Steuerungsgruppe) wird beibehalten und auf den weiteren Prozess (Umsetzung, Monitoring, Evaluation) ausgerichtet.

Die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie wird fortgeschrieben (2. Umsetzungszeitraum: 2026 – 2030), um konstant an einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu arbeiten.

Es soll eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden: Auf Seite 13 soll unter 1.3.2.1 „Erarbeitung eines Konzeptes „Sandbachtal“ und Gründung einer Arbeitsgruppe“ als beteiligter Ausschuss auch der JHA genannt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Gewährung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Jugendparlamentes
Berufung als sachkundige Einwohner_innen in Fachausschüsse des
Rates der Stadt Haan
Vorlage: 51/010/2021**

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass sich die WLH-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag ausspreche, da sie befürchte, dass es dann zu einer Spaltung des Jugendparlamentes zwischen den über und den unter 18-Jährigen Mitgliedern kommen könnte, da das Sitzungsgeld für die Teilnahme als beratendes Mitglied an den Fachausschüssen nur den über 18-Jährigen gezahlt werde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beruft die volljährigen Mitglieder des Jugendparlamentes als sachkundige Einwohner_innen in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Haan laut Anlage 1 zu dieser Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
15 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Anträge der SPD- und FDP-Fraktion und Stellungnahme des JuPas vom 15.11. und 02.12.2020 zur Vollaussstattung mit mobilen Endgeräten für Schüler/innen an den Haaner Schulen
Vorlage: II/001/2021**

Beschlussvorschlag:

1. Die Vollaussattung der Lehrkräfte an Haaner Schulen wird durch die Verwaltung über-wiegend durch die Ausschöpfung der Förderrichtlinie des Landes sichergestellt (Vgl. hierzu Dringlichkeitsentscheidung vom 30.07.2020).
2. Für die Schülerinnen und Schüler (SuS) der Grundschulen wird keine Vollaussattung realisiert. Die Ausstattung laut Medienentwicklungsplan wird umgesetzt.
3. Für das Haushaltsjahr 2021 werden über die Planungen auf der Basis des Medienentwicklungsplanes hinaus keine weiteren finanziellen Mittel für die Anschaffung digitaler Endgeräte für SuS bereitgestellt, weil hierfür derzeit kein Bedarf besteht.
4. Für die SuS der weiterführenden Schulen werden für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung und darüber hinaus finanzielle Mittel bereitgestellt, die auf der Basis eines gemeinsam mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen zu erarbeitenden Stufenplanes konkretisiert werden. Angestrebt wird eine Vollaussattung aller SuS an weiterführenden Haaner Schulen mindestens ab der Jahrgangsstufe 7. Bei finanzieller Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten soll ein Eigenanteil erhoben werden. Die Geräte gehen in das Eigentum der SuS über.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**9./ Zusätzliche Schulbusse zur Verbesserung des Infektionsschutzes
hier: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2021**

Protokoll:

Bgo. Herz berichtet, dass die Verwaltung auch bereits vor dem Lockdown Fördermittel des Landes in Anspruch genommen hatte und mehr Busse eingesetzt werden konnten. Die Verwaltung habe mit den Schulbusunternehmen eine Stand-By-vereinbarung getroffen, so dass im Bedarfsfall die Zahl der eingesetzten Busse sehr schnell wieder erhöht werden könne. Bisher seien diesbezüglich keine Probleme aufgetreten.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag daraufhin zurück.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag vom 02.03.2021 zurückgezogen, da die Verwaltung diesbezüglich bereits tätig geworden ist. Eine weitere Beschlussfassung bedarf es daher nicht.

**10./ Änderung der Satzung über die Benutzung der Sportstätten der Stadt
Haan
Vorlage: 40/011/2021**

Beschlussvorschlag:

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Benutzung der Sportstätten in Haan vom 24.10.1995 wird in der Fassung laut Anlage 1 zur Beratungsvorlage 40/011/2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11./ Bereitstellung finanzieller Mittel zur Fortführung der Taschengeldbörse

Beschlussvorschlag:

1. Die Taschengeldbörse TAB wird in dem bisherigen Förderumfang von 5.400 € pro Jahr ab 2021 weitergeführt. Die entsprechenden finanziellen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.
2. Es bleibt bei der bisherigen Berichterstattung am Ende eines jeden Jahres.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Ernennung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Haan **Vorlage: 32-2/005/2021**

Beschlussvorschlag:

1. Herr Brandrat Carsten Schlipköter wird für die Dauer von sechs Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
2. Herr Stadtbrandinspektor Mirko Braunheim wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
3. Herr Brandoberinspektor Dr. Joachim Schultes wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13./ Investorenwettbewerb Bürgerhausareal **Vorlage: 60/067/2020/3**

Protokoll:

Stv. Niklaus erläutert, dass die SPD-Fraktion in der vorherigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Kultur, Städtepartnerschaften und Tourismus (WLKSTA) Beratungsbedarf angemeldet hatte, welcher aber nun geklärt werden konnte.

Er verweist nochmal auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.06.2021 bezüglich der Anwendung einer Vergabematrix für die Vermarktung, ähnlich der für ein Bauprojekt der Stadt Hilden. Dies sei jedoch für das Bürgerhausareal in Haan aus rechtlicher Sicht nicht möglich.

Weiterhin stellt er für die SPD-Fraktion folgenden, ergänzenden Beschlussantrag:

Ergänzender beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

WA I und WA II werden nur gemeinsam vermarktet.

Stv. Lukat verweist auf den Lageplan der Reihenhäuser und bittet die Verwaltung diesen, ebenso wie das Einheimischenmodell zu erläutern.

StVR Rekindt führt zum Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion aus, dass grundsätzlich nicht ausgeschlossen sei, dass die Abschnitte WA I und WA II an denselben Investor gehen würden. Die Verwaltung sehe hier nicht zwingend die Notwendigkeit beide Abschnitte gemeinsam zu vermarkten. Er weist diesbezüglich auch darauf hin, dass es aufgrund der Vielzahl an Forderungen welche bei einer gemeinsamen Vermarktung in die Verträge einfließen, es schwieriger werde einen Interessenten zu finden.

Bezüglich des Lageplans erläutert er, dass die gelb-straffierte Fläche eine verkehrsberuhigte Fläche sei und die Verwaltung die Erschließung selbst vornehme. Das sog. Einheimischenmodell welches zu WA I, WA II und WA III parallel laufe, stelle die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Fachausschusses vor.

Stv. Rehm erklärt, dass der Beschlussvorschlag nicht ganz dem entspreche, was sich die GAL-Fraktion erhofft hatte, jedoch stelle dieser einen guten Kompromiss dar. Zudem stelle er die Notwendigkeit eines Einheimischenmodelles in Frage.

Stv. Niklaus verweist auf die Punkte 5 und 6 der eingereichten Mindeststandards der SPD-Fraktion vom 30.07.2020 (Anlage 10 der Vorlage). Demnach sollen dort mindestens 10 Wohnungen barrierefrei errichtet werden.

1. Bgo. Alparslan erläutert, dass bezüglich der Barrierefreiheit im öffentlich geförderten Wohnungsbau höhere Anforderungen als auf dem freien Markt erfüllt werden müssten, damit die Förderbedingungen erfüllt würden. Grundsätzlich müssten allerdings nicht alle Wohnungen auch Rollstuhlgerecht sein.

Stv. Niklaus unterbreitet daraufhin einen weiteren, ergänzenden Beschlussvorschlag:

2. ergänzender Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

In den Vermarktungskriterien des WA I (Anlage 1 der Vorlage) wird unter V der Satzteil „mehr als 8 Wohnungen“ durch „**mehr als 9 Wohnungen**“ ersetzt.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über alle vorgebrachten Beschlussvorschläge und Änderungen abstimmen.

1. Beschlussvorschlag gem. Antrag der SPD-Fraktion:

WA I und WA II werden nur gemeinsam in einem Investorenwettbewerb vermarktet.

2. Beschlussvorschlag gem. Antrag der SPD-Fraktion:

In den Vermarktungskriterien des WA I (Anlage 1 der Vorlage) wird unter V der Satzteil „mehr als 8 Wohnungen“ durch „**mehr als 9 Wohnungen**“ ersetzt.

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das ehemalige Bürgerhausareal zu veräußern.
2. Für die Gebiete WA I und WA II ist jeweils ein Investorenwettbewerb durchzuführen. Grundlage für die Auswahl des Investors in den Bereichen WA I und WA II ist der jeweilige Kriterienkatalog gemäß Anlage 1, **ergänzt um das Kriterium Bestandhalter** gemäß Anlage 1 und 2.
3. Das Gebiet WA III wird durch die Stadt vermarktet. Eine Entscheidungsmatrix über die Verkaufskriterien sowie die Investorenauswahl sind vom Rat der Stadt Haan zu beschließen. Entsprechende Einzelbeschlüsse über den Verkauf der Reihenhausgrundstücke sind vom Rat der Stadt Haan zu beschließen.
4. Die Erschließung des Areals erfolgt durch die Stadt Haan. Entsprechende Mittel laut Sitzungsvorlage werden im Haushalt bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis zu 1. BV gem. Antrag SPD:

mehrheitlich abgelehnt
4 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu 2. BV gem. Antrag SPD:

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu BV gem. Vorlage:

einstimmig angenommen

14./ Sternenkinderfeld auf dem städtischen Waldfriedhof Vorlage: 60/014/2021

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung, dass diese es ermögliche, ein solches Sternenkinderfeld auf dem städtischen Waldfriedhof zu errichten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt, dass im Haushalt 2021 für die Errichtung des Sternenkinderfeldes 30.000 Euro bereitgestellt werden.
2. Kindergräber (bis 5 Jahre) werden zukünftig im Feld SR angeboten. Kindergräber im Feld B(K) bleiben auf Wunsch der Nutzungsberechtigten erhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

15./ 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 "nördliche Flemingstraße" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, §§ 3 (1), 3 (2) , 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB Vorlage: 61/007/2021

Beschlussvorschlag:

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 „nördliche Flemingstraße“ mit Stand vom 09.03.2021 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 09.03.2021 wird zugestimmt. Das Plangebiet liegt in Haan-Ost, an der Einmündung der Flemingstraße in die Landstraße. Es umfasst die Flurstücke 500 und 501 in der Flur 11, Gemarkung Haan. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.
3. Der Flächennutzungsplan wird im Bereich „nördliche Flemingstraße“ (44. Änderung des Flächennutzungsplans mit Stand vom 09.03.2021) im Wege der Berichtigung angepasst.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**16./ Bebauungsplan Nr. 196 „Düsseldorfer Straße / Ohligser Straße“ im Verfahren nach § 13a BauGB Anpassung des Flächennutzungsplans im Wege der Berichtigung (41. Änderung) im Bereich „Düsseldorfer Straße / Am Schlagbaum“
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, §§ 3 (1), 4 (1), 3 (2) , 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/009/2021**

Beschlussvorschlag:

1. „Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 196 „Düsseldorfer Straße /Ohligser Straße“ mit Stand vom 01.02.2021 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 01.02.2021 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-West. Der räumliche Geltungsbereich wird im Norden begrenzt durch die Düsseldorfer Straße (Hausnummer 65-53), im Osten durch die Zufahrt zur Bebauung Ohligser Straße 49 und angrenzende Gartengrundstücke der Bebauung Ohligser Straße 42-48, durch die Ohligser Straße im Südwesten und durch die Bebauung und Hofflächen zwischen der Ohligser Straße 60a und der Düsseldorfer Straße 69 im Westen. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.
3. Der Flächennutzungsplan wird im Bereich „Düsseldorfer Straße / Am Schlagbaum“ gemäß dem Entwurf vom 01.02.2021 (41. Änderung des Flächennutzungsplans) im Wege der Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen

Der Stv. Rehm hat an der Beratung und Beschlussfassung aufgrund seiner Befangenheit nicht teilgenommen.

**17./ Auflösung der Umleitung des LKW-Ausweichverkehrs ab 16 to an der unteren Diekerstraße/ Ecke Böttingerstraße durch die Stadt Haan in beiden Richtungen und Einrichtung eines Verbotes für LKW über 3,5 to hier: Bürgerantrag vom 26.09.2020
Vorlage: 66/019/2020**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerantrag vom 26.09.2020 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**18./ Befahren der Fußgängerzone im Innenstadtbereich auch außerhalb der Ladezeiten für Taxen und Mietwagen mit Fahrauftrag, sofern dieser im Bereich der Fußgängerzone beginnt oder endet
hier: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 23.02.2021**

Protokoll:

Stv. Endereß erläutert zum Antrag der CDU-Fraktion, dass das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion nicht zu den im Fachausschuss vorgebrachten Wortbeiträgen gepasst hätte. Die Fraktion habe daraufhin beantragt, über den Sachverhalt erneut abzustimmen, bevor die Verwaltung diesbezüglich tätig werde.

Stv. Klaus bittet darum, dies nochmal zu überdenken. Gerade Senior*innen und gehbehinderte Menschen benötigten häufig ein Taxi um zu den Ärzten und Apotheken zu kommen.

Beschlussvorschlag:

1. Zur Erhaltung des Charakters und der Zweckbestimmung der Fußgängerzone Neuer Markt bleibt eine Befahrung mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Radverkehr, außerhalb der Lieferzeiten generell untersagt, sofern keine Ausnahmegründe vorliegen.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion, das Befahren der Fußgängerzone im Innenstadtbereich für Taxen und Mietwagen auch außerhalb der Ladezeiten freizugeben, sofern ein Fahrauftrag vorliegt, der im Fußgängerbereich beginnt oder endet sowie zur entsprechenden Beschilderung der Einfahrten in den Fußgängerbereich, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

**19./ Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Einzelhandel und Gastronomie
- Unterstützung der Stadt Haan -
Vorlage: WTK/005/2021**

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Zu 4.) Der Rat der Stadt Haan beauftragt die Wirtschaftsförderung damit, ein Konzept für ein Zuschussprogramm für die Anmietung freier Ladenlokale auszuarbeiten und umzusetzen. Dazu werden zunächst für 2021 und 2022 jeweils 60.000 € in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**19. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Einzelhandel und Gastronomie
1./ - Unterstützung der Stadt Haan -
Vorlage: WTK/005/2021/1**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 20/015/2021

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

21./ Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2020 nach 2021 gem. § 22
KomHVO
Vorlage: 20/013/2021

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass es viele Maßnahmen gäbe, welche vom Rat bereits beschlossen, jedoch von der Verwaltung nicht umgesetzt worden seien. Um der Politik hier einen guten Überblick zu geben, bittet sie um die Vorlage einer Beschlusskontrolle mit einem Ampelsystem.

Weiterhin verweist sie auf die Anlage der Vorlage und die dort aufgeführten Punkte zum Sandbachtal. Dort seien für die Radwegeplanung Leistungsphase 3, 218.000,00 Euro im konsumtiven Bereich übertragen worden. Hierzu möchte sie wissen, weshalb diese finanziellen Mittel übertragen wurden.

Zudem seien im investiven Bereich zum Radweg Sandbachtal 200.000,00 Euro übertragen worden. Hierzu möchte sie wissen, inwieweit diese finanziellen Mittel fördermittelschädlich seien.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert zur Beschlusskontrolle, dass dies eine freiwillige Leistung der Verwaltung gegenüber der Politik sei, welche für die Verwaltung stets mit einem großen Aufwand verbunden sei. Die Verwaltung habe in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig eine solche vorgelegt, jedoch kamen hierzu keinerlei Nachfragen, weshalb nun davon abgesehen wurde, diese weiterhin vorzulegen.

StOVR'in Abel erläutert, dass es auch viele Projekte gäbe, welche die Verwaltung aus eigenen Mitteln umsetze und diese deshalb nicht übertragen müsse. Als Beispiel führt sie eine Ampelanlage an der Ohligser Straße auf. Es sei nicht so, dass die Verwaltung mit den Übertragungen leichtfertig umgehe, da diese den kommenden Haushalt belasten würden.

1. Bgo. Alparslan ergänzt bezüglich der investiven Mittel zum Radweg Sandbachtal, dass es sich dabei um Planungen handele, welche grundsätzlich nicht fördermittelschädlich seien.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**22./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2021
Vorlage: 10/032/2020**

Beschluss:

Die Beratung bzw. Beschlussfassung des Stellenplans 2021 wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
1./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 (EG 9a) in der IT-Abteilung (IT-Support an Schulen und Digitalisierung an Schulen)
Vorlage: 10/015/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt zur Unterstützung des IT-Support und für die Digitalisierungsunterstützung an den Haaner Schulen einen Stellenanteil von 1,0 für einen/eine IT-Fachinformatiker/in im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021**
2./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 in der IT-Abteilung (Digitalisierung der Verwaltung und Dokumentenmanagementsystem)
Vorlage: 10/014/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt für die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und zur Umsetzung von Digitalisierungsprojekten der Stadtverwaltung Haan im Stellenplan 2021 eine zusätzliche Stelle mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 11) einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021**
3./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 in der Organisationsabteilung Organisations- und Digitalisierungssachbearbeiter*in (EG 10)
Vorlage: 10/011/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt eine Stelle als Organisations- und Digitalisierungsberater/-in mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 10) im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021**
4./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 für das Zentrale Beschwerdemanagement der Stadt Haan
Vorlage: 10/012/2021
-

Protokoll:

StOVR Titzer teilt mit, dass sich die Verwaltung bei der Stadt Monheim bezüglich der Beschwerdelage erkundigt habe, da die beiden Städte vergleichbar seien. Monheim teilte daraufhin mit, dass jährlich bis zu 2.000 Beschwerden eingingen.

Dazu kämen noch bis zu 200 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden. Er weist darauf hin, dass die Stadt Monheim derzeit noch nicht mit einer Beschwerde-App für Mobilgeräte arbeite. Bei Einsatz einer solchen, wie es in Haan geplant sei, sei anzunehmen, dass die Anzahl der eingereichten Beschwerden weiter ansteige, da das Einreichen einer Beschwerde für die Bürger*innen vereinfacht werde. Derzeit liege die Zahl der eingereichten Beschwerden in Haan bei ca. 1.800, jedoch sei die Tendenz steigend.

Eine solche Anzahl sei mit dem derzeitig vorhandenen Personal bei der Stadt Haan nicht zu bewältigen, weshalb er dafür plädiere, auch im Sinne aller Haaner Bürger*innen, der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für das Beschwerdemanagement zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme einer Vollzeitstelle (EG 9a) im Stellenplan 2021 für den Aufbau eines Zentralen Beschwerdemanagement in der Organisationsabteilung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

5./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 als Elektrofachkraft (EG 6)

Vorlage: 10/013/2021

Protokoll:

Stv. Stracke verweist darauf, dass die aufgeführten Aufgaben auch durch einen beauftragten Dritten erledigt werden könnten und fragt an, ob dies hier nicht möglich sei.

StOVR Titzer benennt die Vorteile einer eigenen Elektrofachkraft und verweist hierzu insbesondere auf den Vorteil, dass die Beseitigung der festgestellten Mängel direkt durch die eigene Fachkraft behoben werden könnten, ohne hier noch andere Verantwortliche mit einbinden zu müssen. Dadurch ließen sich Zeit und Aufwand aber vor allem auch zusätzliche Kosten einsparen. Die Kosten für die Beauftragung eines Dritten würden dadurch die Personalkosten übersteigen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 1,0 für eine Elektrofachkraft (EG 6) im Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

- 22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021**
6./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,7 für Kindergartenangelegenheiten im Jugendamt
Vorlage: 10/019/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 0,7 für den Bereich der „Kindergartenangelegenheiten“ (EG 9a) im Stellenplan 2021 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021**
7./ Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 im Bezirkssozialdienst, Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin
Vorlage: 10/033/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt einen zusätzlichen Stellenanteil von 0,5 im Bezirkssozialdienst für den Bezirk Gruiten im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

**8./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 für eine*n Verkehrsingenieur*in für das Tiefbauamt
Vorlage: 10/027/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt eine Vollzeitstelle „Verkehrsingenieur/-in“ im Stellenplan 2021 (EG 11) aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

**9./ Einrichtung von zwei Vollzeitstellen im Gebäudemanagement (Projektleiter/-in und Sachbearbeiter/-in in der Bauunterhaltung)
Vorlage: 10/016/2021**

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für eine/n Projektleiter/-in (EG 12) im Amt für Gebäudemanagement (Amt 65) im Stellenplan 2021.
2. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für einen/eine Sachbearbeiter/-in für die Bauunterhaltung (EG 10) im Amt 65 im Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
10./ Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 40/10 um 0,3 auf 0,8
Vorlage: 10/024/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 40/10 um 0,3 auf 0,8 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
11./ Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 65/16 von 0,7 auf 0,9
Vorlage: 10/020/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils von 0,7 auf 1,0 bei der Stelle 65/16 (EG 8) im Gebäudemanagement mit Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
12./ Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 32/19 von 0,6 auf 1,0
Vorlage: 10/021/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils von 0,6 auf 1,0 bei der Stelle 32/19 (EG 6) im Rechts- und Ordnungsamt mit Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
13./ Stelle der Amtsleitung des Ordnungsamtes, Stelle 32/1
Vorlage: 10/023/2021

Protokoll:

Stv. Lukat erinnert daran, dass die WLH-Fraktion hier eine Bewertung der Stelle bezüglich der Besoldungsstufe angefordert hatte.

StOVR Titzer führt aus, dass die Stellenbewertung eine Empfehlung nach A15 ergeben hätte. Laut dem Bewertungsschema der KGSt seien immer auch die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Auch die Idee, die Feuerwehr aus dem Verantwortungsbereich der Stelle herauszunehmen, führe nicht zu einer Veränderung der Empfehlung, da sich Unterstellungsverhältnisse erst ab einer Größe von 1.000 Mitarbeiter*innen auswirken würden. Hierzu verweist er aber auch nochmal auf die Organisationshoheit der Bürgermeisterin bzw. der Verwaltung.

Sv. Lukat führt aus, dass aus Sicht der WLH-Fraktion hier Personalkosten eingespart werden könnten indem für die Rechtsberatung auf eine interkommunale Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann gesetzt werde. Zudem verfüge die Verwaltung bereits über weitere Juristen innerhalb der Stadtverwaltung.

StOVR Titzer erläutert hierzu, dass sich die Verwaltung gegen eine Verteilung der Rechtsberatung auf andere Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung ausspreche.

StVD Rennert ergänzt, dass die Arbeit der juristischen Sachbearbeitung in Haan keine Aufgabe sei, welche man nebenbei erledigen könne. Zudem weist er darauf hin, dass bei einer interkommunalen Zusammenarbeit möglicherweise Personalkosten eingespart würden, auf der anderen Seite jedoch höhere Sachkosten für die Inanspruchnahme der Beratungsleistungen anfallen würden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat spricht sich für die bestehende Organisation des Ordnungsamtes (Amt 32) aus.
2. Der Rat beschließt, die Planstelle der Amtsleitung des Ordnungsamtes mit dem Stellenwert der Besoldungsgruppe A 15 im Stellenplan 2021 zu belassen und die Stelle nach Ausscheiden des Stelleninhabers mit einer Volljuristin/einem Volljuristen zu besetzen.
3. Der KW-Vermerk im Stellenplan an der Stelle 32/1 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
15 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
14./ Streichung des "kw-Vermerk" bei der Stelle 61/15
Vorlage: 10/022/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Streichung des KW-Vermerks der Stelle 61/15 und spricht sich für die Beibehaltung der Stelle im Stellenplan 2021 aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
15./ hier: Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 im
Bauverwaltungsamt für die Gebührenkalkulation
Vorlage: 10/041/2021

Protokoll:

Stv. Rehm möchte wissen, was der- bzw. diejenige mache, welcher diese Aufgabe bisher wahrgenommen habe.

StVD Rennert erklärt, dass derjenige Abteilungsleiter und für die Aufgabe überqualifiziert sei. Eine Entlastung und somit die Einrichtung der zusätzlichen Stelle sei dringend notwendig.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 0,5 (EG 10) im Bauverwaltungsamt für die Gebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

22. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
16./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 für einen Hausmeister in den städtischen Kita's
Vorlage: 10/018/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Einrichtung von zwei Stellenanteilen für eine Teilzeitstelle Hausmeister (EG 6) Kita's mit einem Stellenanteil von 0,5 im Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22. Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem
17./ Personal
Vorlage: 50/035/2020/2

Protokoll:

Stv. Stracke führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese die Betreuung mit eigenem, städtischem Personal für den falschen Weg halte und daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Beschlussvorschlag:

Alternative III: Das SIM wird ab dem 01.01.2022 vollständig mit eigenem Personal durchgeführt. Hierfür werden in der Abteilung 50-2 (Asyl) drei unbefristete Vollzeitstellen neu geschaffen. Vgl. Vorlage Nr. 50/035/2020 und 50/035/2020/1.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

23./ Neuorganisation des Amtes 61
hier: Teilung des Amtes 61 Stadtplanung und Bauaufsicht in die Ämter 61
„Stadtplanung und Vermessung“ sowie Amt 63 „Bauaufsicht und
Denkmalschutz“
Vorlage: 10/040/2021

Beschluss:

Der TOP 23 und TOP 23.1 wurden gemeinsam beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter TOP 23.1 aufgeführt.

23. Neuorganisation des Amtes 61
1./ hier: Teilung des Amtes 61 Stadtplanung und Bauaufsicht in die Ämter 61
„Stadtplanung und Vermessung“ sowie Amt 63 „Bauaufsicht und
Denkmalschutz“
Vorlage: 10/040/2021/1

Protokoll:

Stv. Ruppert bezeichnet es als skurril das Amt aufzuteilen, nur weil man bisher keine geeigneten Bewerber*innen finden konnte.

Stv. Lemke möchte wissen, ob es richtig sei, dass die Amtsleitung des Amtes 63 zukünftig nur einen Stellenanteil von 0,5 aufweise.

1. Bgo. Alparslan erläutert, dass ursprünglich eine Amtsleitung mit einem Stellenanteil mit 1,0 ausgeschrieben wurde, jedoch habe man bisher enorme Schwierigkeiten gehabt, jemand geeignetes zu finden. Da die Stelle nun schon so lange unbesetzt sei, musste sich die Verwaltung eine Alternative überlegen, weshalb nun vorgeschlagen werde, das Amt aufzuteilen. Jedoch sei nicht genug vorhanden, um zwei Stellen mit einem Anteil von 1,0 in den Stellenplan aufzunehmen, weshalb die Verwaltung vorschlage die Amtsleitung des Amtes 63 lediglich mit einem Anteil von 0,5 aufzunehmen.

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL-Fraktion den Vorschlag mit 0,5 reizvoll finde und diesen Vorschlag der Verwaltung unterstütze.

Stv. Lemke stellt für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages.

Beschlussvorschlag gem. CDU-Fraktion zu 3.:

3. Im Stellenplan 2021 wird ein zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 für die Amtsleitung des Amtes 63 mit EG 13 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
6 Ja / 12 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag gem. Vorlage zu 1. und 2.:

1. Das Amt 61 „Stadtplanung und Bauaufsicht“ wird in die Ämter 61 „Stadtplanung und Vermessung“ sowie 63 „Bauaufsicht und Denkmalschutz“ aufgeteilt.
2. Die Amtsleitungen für die Ämter 61 „Stadtplanung und Vermessung“ sowie 63 „Bauaufsicht und Denkmalschutz“ werden schnellstmöglich ausgeschrieben und besetzt.

Beschlussvorschlag gem. Vorlage zu 3.:

3. Im Stellenplan 2021 wird ein zusätzlicher Stellenanteil von 0,5 für die Amtsleitung des Amtes 63 mit EG 13 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis zu BV gem. Vorlage zu 1. und 2.:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zu BV gem. Vorlage zu 3.:

einstimmig angenommen
11 Ja / 0 Nein / 7 Enthaltungen

**24./ Haushaltsplanberatungen 2021
Vorlage: 20/016/2021**

Protokoll:

Stv. Rehm beantragt, die Beratung des Änderungsantrages Nr. P28 vorzuziehen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Stv. Lukat beantragt, die Beratung des Änderungsantrages Nr. P02 vorzuziehen.

Auch hierüber lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen.

Veränderungsanträge der Politik

P28 – Antrag der WLH – Mietübernahme ansässige Unternehmen

Stv. Lukat beantragt zu diesem Sachverhalt eine Sitzungsunterbrechung um dem anwesenden Hr. Schälte als Vertreter des Vereins „Wir für Haan e.V.“ die Möglichkeit zu geben, die Sichtweise des Vereins und der Haaner Selbstständigen und Kleinunternehmen darzustellen.

Hierüber lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin die Sitzung um 19:45 Uhr und erteilt Herrn Schälte das Wort.

Hr. Schälte als Sprecher des Vereins „Wir für Haan e.V.“ erläutert das Schreiben des Vereins an die Haaner Stadtverwaltung und die Politik und stellt die Sichtweise des Vereins und ortsansässiger Kleinunternehmen dar.

Um 19:55 Uhr nimmt Bgm'in Dr. Warnecke die Sitzung wieder auf.

Stv. Ruppert weist daraufhin, dass Städte in der Größe Haans ohnehin bereits Probleme mit der Attraktivität und damit einhergehend den Leerständen in den Innenstädten hätten. Durch die Corona-Pandemie sei dieser Effekt noch verstärkt worden. Die Unterstützung der ortsansässigen Unternehmen sei daher notwendig und sei eine Geste des Zusammenhalts.

Stv. Lukat bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Schälte, dies hätte nun innerhalb ihrer Fraktion für Klarheit gesorgt. Das Ziel müsse nun sein, dass den entsprechenden Unternehmen bestmöglich geholfen werde.

Stv. Stracke mahnt an, dass keine genaueren Zahlen vorlägen. Er frage sich, ob die beantragten 60.000,00 Euro ausreichen.

Stv. Rehm stimmt dem zu und teilt die Befürchtung der GAL-Fraktion mit, dass womöglich eine weitaus größere Summe notwendig sei um eine effektive Hilfe zu leisten.

Stv. Lemke stimmt seinen Vorrednern ebenfalls zu. Er möchte wissen, ob die Hilfe lediglich für die Unternehmen im Bereich der Haaner Innenstadt oder des gesamten Stadtgebietes angedacht sei. Auch die CDU-Fraktion befürchte, dass die genannte Summe von 60.000,00 Euro nicht ausreiche und das für die Entscheidung fundiertere Zahlen notwendig seien. Er meldet daher für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet die Verwaltung bis spätestens zur Verabschiedung des Haushalts am 25.03.2021 diese vorzulegen.

Bgm'in Dr. Warnecke nimmt den Prüfauftrag für die Verwaltung an und teilt mit, dass die Verwaltung alles versuchen werde, bis spätestens zum 25.03.2021 entsprechende Zahlen darzulegen. Sie schlägt vor, die Beschlussfassung zu dem Änderungsantrag erst in dieser Sitzung vorzunehmen.

Hierüber herrscht **Einvernehmen** unter den Ausschussmitgliedern.

P02 – Antrag der WLH – Austausch Hallenboden Turnhalle Adlerstraße

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion

StOVR'in Abel teilt mit, dass die Verwaltung mit dem Jahresabschluss 2020 eine Rückstellung von 150.000,00 Euro für die Reparatur des Hallenbodens gebildet habe. Diese könne bei Bedarf jederzeit aufgelöst werden. Eine Veranschlagung im Haushalt 2021 sei daher aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig.

Bgo. Herz erläutert ergänzend hierzu, dass nach Mitteilung des Gebäudemanagements die bereits erfolgte Reparatur von einer solchen Qualität sei, dass der Boden als vollständig saniert angesehen werden könne und daher ohne Bedenken wieder bespielbar sei. Bisher konnte dies jedoch aufgrund der Corona-Pandemie nicht unter Realbedingungen getestet werden. Sie bittet daher diese Tests abzuwarten, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, ob ein neuer Hallenboden überhaupt notwendig sei. Bezüglich der Reinigungskosten sei die Verwaltung mit den Vereinen derzeit auf einem guten Weg eine Einigung zu finden.

1. Bgo. Alparslan verweist auf die Mehrkosten für die Vereine durch die spezielle Reinigung nach dem Einsatz von Haftmitteln. Diese würden auch mit einem neuen Hallenboden nicht geringer, da auch dieser speziell gereinigt werden müsse. Das Problem sei hier, dass es sich um eine Sporthalle handle, welche vordergründig für den Schulsport angedacht sei, weshalb es in dem Boden Öffnungen geben müsse, um auch andere Sportarten dort ausüben zu können. Eben diese Öffnungen seien es, welche regelmäßig zu Problemen führen, wenn nicht fachgerecht gereinigt werde.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass der Rat bereits einen neuen Hallenboden beschlossen habe, dieser Beschluss aber seit einem Jahr nicht umgesetzt werde.

Stv. Stracke verweist auf die aktuelle Lage der Corona-Pandemie. Niemand wisse, wann die Nutzung der Sporthalle durch die Vereine wieder möglich sein wird, weshalb er dafür plädiere die Tests nicht an einen Zeitraum, sondern über eine gewisse Anzahl von Trainingseinheiten und Spielen festzumachen.

Im Anschluss an die Beratung lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** über den Antrag der WLH-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt gem. vorliegenden Gutachten den Hallenboden in der Turnhalle Adlerstraße zum frühest möglichen Zeitpunkt zu tauschen mit einem für den Profisport geeigneten Belag.
2. Für diese Realisierung werden 100.000,-€ in den Produktbereich 080110 „Sporthallen“ eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

Die weitere Beratung der Veränderungsanträge sowie des Entwurfs des Haushaltsplans 2021 ,des Stellenplans 2021 und der noch nicht beratenen Tagesordnungspunkte wird auf die Fortführungssitzung am 18.03.2021 verschoben.

Beschluss:

Da noch nicht über alle Veränderungsanträge der Verwaltung sowie der Politik beraten wurde, wird bezüglich des Gesamthaushalts noch keine Beschlussempfehlung angegeben.

Die Beratung der noch offenen Anträge wird auf die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 24. Haushaltsplanberatungen 2021 ff. "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" -
1./ hier: Bürgerantrag der JUSOS Haan & Gruiten vom 16.03.2020
Vorlage: 10/238/2020/2**
-

Beschluss:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

- 24. "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" - Bürgerantrag der JUSOS Haan &
1.1. Gruiten vom 16.03.2020
/ - hier: Beratungen / Beschlussfassung zur Vorlage 10/238/2020/2 im SIGA
am 04.03.2021
Vorlage: 10/238/2020/3**
-

Beschluss:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

- 24. Erläuterungen zu den Haushaltsberatungen 2021
2./ Vorlage: 50/005/2021**
-

Beschluss:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

- 24. Antrag von Kipkel auf Erhöhung des Pauschalzuschusses
3./ Vorlage: 51/009/2021**
-

Beschluss:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

25./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Die Beantwortung der Anfragen erfolgt daher erst in dieser Sitzung.

26./ Mitteilungen

Protokoll:

Der TOP wurde in die Fortführungssitzung des HFA am 18.03.2021 verwiesen. Die Mitteilungen erfolgen daher erst zu dieser Sitzung.